

Ludwig Feuerbachs politisches Credo und Handeln¹

Es soll mit einer im Volk geläufigen Redewendung begonnen werden: Politisch Lied, ein garstig Lied! Hatte Feuerbach dieses Lied gesungen, frage ich? Hatte er, der Religionsphilosoph und Religionskritiker, sich überhaupt mit politischen Fragen beschäftigt? Kann man davon ausgehen, dass er politisch gehandelt hat? Diesen Fragen wird in der folgenden Abhandlung nachgegangen.

Einige Definitionen:

Damit nicht aneinander vorbeigeredet oder vorbeigedacht wird, darf ich mit einer Definition beginnen. Wenngleich der Begriff Politik im Laufe der historischen Epochen variierte, sollte man an folgender Definition festhalten:

„Politik besteht in der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten eines Gemeinwesens durch allgemein verbindliche Entscheidungen“². Oder kürzer ausgedrückt Politik ist das Schaffen und Erhalten einer staatlichen Ordnung. Sicherlich geht es dabei primär um das „Gemeinwohl“, einem Begriff, der im Laufe der Jahrhunderte verschiedene Auslegungen und Festlegungen erhalten hatte. Wie wird dieses am besten bewerkstelligt? Damit verknüpft sind stets auch die Fragen nach der Staatsform, also danach, welchen äußeren Aufbau politische Herrschaftsordnungen haben sollen. Für die erste Hälfte des 19. Jahrhundert, also die Zeit von Feuerbachs bedeutendem Wirken, hatte sich die Frage – vereinfacht ausgedrückt – dahingehend zugespitzt, ob konstitutionelle Monarchie oder Republik beziehungsweise Demokratie dem Gemeinwohl am besten

dienlich und damit sachgerecht wäre. Wie stellte sich Feuerbach zu diesen grundsätzlichen Fragen?

I. Politische Anschauungen in der Familie Feuerbach

Man muss davon ausgehen, dass innerhalb der Familie, also vor allem zwischen dem Vater und den Söhnen, auch politische Fragen erörtert wurden. Bekanntlich hatte der alte Feuerbach, der Jurist und Ministerialbeamte Paul J. A. Feuerbach in den Jahren 1813/1814 vier Flugschriften in die Welt geschickt, die man als politische Schriften charakterisieren muss.³ Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, setzten sie sich intensiv mit den Folgen der Französischen Revolution, der Herrschaft Napoleons und Fragen der Staatsform auseinander. Dabei wurde das Verhalten des herrschenden Adels kritisiert, dessen Herrschaft jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt; sie müsse aber durch eine Verfassung, durch Parlamente und eine freie Presse begrenzt werden. Seine wesentliche Forderung war die nach Rechtsstaatlichkeit, jedoch nicht nach demokratischen Strukturen.

Ludwig kannte die Schriften seines Vaters, denn er hatte Teile davon bekanntlich 1852 in zwei Bänden im Verlag von Otto Wigand in Leipzig veröffentlicht.⁴ Eigenen politischen Äußerungen Ludwigs begegnen wir erstmals in Zusammenhang mit einer Reise im September/Oktober 1820. In einem Brief vom 22.10.1820 berichtete der 16-jährige Ludwig seiner „liebsten Mutter“, er sei mit den Reisegefährten in Mannheim auf den Kirchhof gegangen

„und sahen die Stelle, wo der brave Sand begraben liegt, welche aber ganz eben ist und nur mit Gras bewachsen. Wir rissen sehr viel Gras ab, wovon ich auch Dir ein wenig schicke, weil auch Du den deutschen Jüngling lieb hast. Auch sahen wir Kotzebues Grab und den Platz, wo Sand hingerichtet wurde.“⁵ Bekanntlich hatte der evangelische Theologiestudent Karl Ludwig Sand (1795 – 1820), der dem radikalen Flügel der Burschenschaften um Karl Follen angehörte, am 23.3.1819 den russischen Staatsrat Kotzebue ermordet. Sand, der republikanisch-demokratischen Zielen verpflichtet war, wurde zum Tode verurteilt und öffentlich hingerichtet. Leider war Sands sinnlose Tat eine der Ursachen für die Karlsbader Beschlüsse und die folgenden Demagogenverfolgungen.

II. Die politischen Ansichten des Studenten Ludwig Feuerbach bis 1836

Wir hören nach dem Grabbesuch bei Sand lange nichts mehr über politische Ansichten des Schülers oder Studenten Feuerbach. Man gewinnt den Eindruck, er habe sich jeglicher Äußerung dazu enthalten. Ludwigs Brüder hatten sich alle burschenschaftlich betätigt, der Bruder Karl war sogar im „Jünglingsbund“ des Karl Follen (man nannte sich auch die „Unbedingten“ oder „Schwarzen“), wo man auch Terrorakte nicht scheute, Mitglied geworden. Dies hatte ihn eine einjährige Untersuchungshaft eingebracht und zu einer schweren nervlichen Krise geführt. Von Ludwig ist nicht nachweisbar, dass er einer Studentenverbindung beigetreten war, weder in Heidelberg noch in Berlin oder Erlangen.⁶ Wenngleich Feuerbach in einem Brief vom 21. Juni 1832 an den Bruder Anselm (GW 17 S. 140) noch glaubte, in einer literarischen oder politischen Zeitschrift unter-

zukommen, politische Äußerungen oder gar Betätigungen sind uns aus dieser Zeit nicht bekannt. Zudem musste er als Privatdozent am 16. Juli 1833 vor dem Prorektor der Universität Erlangen einen Eid auf die Verfassungsurkunde ablegen und schwören, dass er keiner unerlaubten oder geheimen Gesellschaft angehöre:

„Ferner schwöre ich, dass ich zu keiner geheimen Gesellschaft, oder zu irgend einer neuen Verbindung, deren Zweck dem Staat unbekannt, von demselben nicht gebilligt, oder dem Interesse des Staates fremd ist, gehöre, noch je in Zukunft gehören werde. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.“⁷

In diesem Zusammenhang hatte er auch durch Diensteid schwören müssen, „keine Lehre vorzutragen oder zu verbreiten, welche gegen den Staat, die Religion oder die guten Sitten anstoße, oder denselben nachteilig sein könnte.“ Daraus ist ersichtlich, dass ihm als Dozenten im Grunde ein apolitisches Verhalten vorgeschrieben war, das er auch befolgte.

Aufgrund der sich 1834 anbahnenden Mitarbeit an den „Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik“ erschienen 1835 vier Rezensionen Feuerbachs, die sich ganz auf der Linie der Philosophie Hegels bewegten. Einzugehen ist in diesem Zusammenhang nur auf die im Juni erschienene Rezension zweier Veröffentlichungen Friedrich Julius Stahls (1802-1861). Dabei ging es einmal um dessen Schrift „Die Philosophie des Rechts nach geschichtlicher Ansicht“, zum anderen um die „Christliche Rechts- und Staatslehre“, erschienen 1830 bzw. 1833. Der nach 1848 in Preußen einflussreich gewordene Staatsrechtslehrer und Rechtsphilosoph Stahl stammte von jüdischen Eltern ab, konvertierte jedoch mit 17 Jahren zum *orthodoxen* Lu-

thertum. Er stand in enger Verbindung zur Erlanger neulutherischen Schule eines Raumer und Harleß, die eine strikte Rückbesinnung zur Hl. Schrift und dem lutherischen Bekenntnis sowie zur Kirche als gottgesetzter Anstalt propagierten. Sein hochkonservatives Denken leitete die Idee des christlichen Staates und seine sittlichen Kategorien aus der Moraltheologie ab. Er verteidigte das „Monarchische Prinzip“ (so der Titel einer Schrift aus dem Jahre 1845) und wandte sich gegen westliche Verfassungslehren; seine Rechts- und Staatslehre wurde als das „Opus magnum“ des deutschen Konservatismus charakterisiert.⁸ Gegen diesen in Erlangen damals hoch angesehenen Mann spitzte Feuerbach nun seine Feder. Er charakterisierte ihn als „einen sauberen Patron, der gegenwärtig hier natürlich unter großem Applaus sein Unwesen treibt, um die pietistische Mistpfütze der hiesigen Universität [gemeint ist Erlangen] noch vollends mit seinem Unrat auszufüllen, [...]“. Feuerbach behandelte Stahls Darlegungen in der Rezension auf zwei Ebenen, einmal der philosophischen zum anderen der rechtlichen. Josef Winiger nennt die Rezension „ein Glanzstück Feuerbachscher Polemik: Stahl wird zerpfückt nach allen Regeln der Kunst – Feuerbachs Kunst, denn Stahl ist Rechtswissenschaftler, in der Philosophie, zumal der spekulativen, ist er im Grunde Dilettant. So muss er sich gefallen lassen, dass Feuerbach ihm einen Denkfehler nach dem anderen nachweist.“⁹ Wichtig ist für die folgenden Überlegungen der zweite Teil der Rezension, in der Feuerbach auf die Thesen Stahls eingeht, worin dieser die Entstehung des Rechts aus christlich-theologischen Grundsätzen ableitet. Er kritisierte diese Ableitung, ja er setzte Recht und Christentum als Wi-

dersprüche gegeneinander, bezeichnete die Verschmelzung der beiden als vernunftwidrig. Feuerbach charakterisierte sie als theologische Phrasen und Bilder, die keine wesentlichen Begriffsbestimmungen enthalten, vor allem im Hinblick auf die Naturrechtslehren (GW 8 S. 40/41). Ebenso heftig kritisierte er Stahls Deduktion des Eigentumsbegriffs, also eines wesentlichen Begriff des Privatrechts, der auch politisch von Bedeutung ist. So hatte Stahl geschrieben:

Der Mensch ist das Ebenbild Gottes nicht bloß an Freiheit und Persönlichkeit, sondern auch an Macht über den Stoff. Er ist als Herr in die Natur gesetzt, sie soll ihm dienen zu seiner Befriedigung – drauf beruht das Vermögen.“ (GW 8 S. 41)

Diese Deduktion, schrieb Feuerbach, begründet keineswegs den Eigentumsbegriff, was jedem einleuchtet. Weiterhin machte er sich über Stahls Aussagen zur Ehe lustig, wo dieser behauptete:

„Damit der Mensch auch durch Zeugung Gott ähnlich sei, befindet er sich in der Familie. Die geoffenbarte Lehre von der ewigen Zeugung des Sohnes kann allein das Wesen der Familie aufklären.“ (GW 8 S. 42)

Was der schwierige theologische Begriff der „ewigen Zeugung“ mit der Ehe zu tun hat, bleibt mehr als rätselhaft.

Durch die Auseinandersetzung mit Stahl hatte sich Feuerbach erstmals intensiv auch politischen Fragen angenähert, denn das Recht berührt in vielen wesentlichen Bereichen das Gemeinwohl. Die beißen- de Kritik seiner Rezension war nicht nur den Jahrbüchern aufgefallen, er selbst hatte in einem Brief vom 12. Februar 1835 an seine Braut Bertha Löw geschrieben: „Mit dieser Kritik nehme ich mir alle Aussicht

auf eine Anstellung in Bayern [...].“ (GW 17 S. 228). Er hatte dabei wohl die Verhältnisse in Erlangen vor Augen, weil Stahl damals zu den dort einflussreichen Kreisen lutherischer Orthodoxie beste Kontakte pflegte, was eine mögliche Berufung Feuerbachs auf eine Professur beeinflussen konnte, vielleicht auch beeinflusst hat.

III. Gedanken des reifen Feuerbach bis 1847

Nach der Auseinandersetzung mit Stahl tauchen politische Sichtweisen erst wieder in dem Werk über Pierre Bayle¹⁰ auf. In den meisten Schriften Feuerbachs sind immer wieder die Beziehungen der Religion im Rahmen ihrer theologischen Festlegungen und den realen, anthropologischen Gegebenheiten Gegenstand der Kritik. Meist ist es die Verbindung von Herrschaft und Religion – von Thron und Altar – die aktualisiert wird. So heißt es in der Schrift über Bayle:

„Mehr als der Mensch sich selbst bewusst ist, hat der Stand, der Beruf Einfluss auf seine Denkart, sein Inneres, seinen Glauben. [...]. (GW 17 S. 219) Nehmt Unzähligen ihren Stand, und ihr nehmt ihnen ihren Glauben. Ihr Glaube ist Berufspflicht. Nicht die Gesinnung erhält den Stand, sondern der Stand die Gesinnung.“ (GW 4 S. 27)

Dennoch werden auch in dieser Schrift keine konkreten politischen Themen angesprochen. Immer wieder setzte sich Feuerbach unter Bezugnahme auf Bayle mit dem Vorwurf auseinander, die Gottlosigkeit, also der Atheismus, würde die bürgerliche Gesellschaft zerstören und in ein rechtloses Chaos führen. Er zitierte dazu Bayle wörtlich wie folgt:

„Bildet euch also nicht ein, dass Leute ohne Religion schlechter handeln würden als ihr Christen mit eurer Religion; denn die Neigung zu Mitleid,

Nüchternheit, zur Milde usw. kommt, wie gesagt, nicht daher, dass man weiß, es ist ein Gott, sondern von einer gewissen Verfassung des Temperaments, welche durch Erziehung, durch das persönliche Interesse, durch das Verlangen nach Lob, durch den Vernunftinstinkt und andere ähnliche Motive, die ebenso gut im Atheisten als in den übrigen Menschen sich vorfinden, befestigt wurde.“ (GW 4 S. 63/64)

Und Feuerbach fügte dem hinzu: „Weltliche Prinzipien allein regieren die gemeine Welt – Furcht vor der weltlichen Gerechtigkeit, vor allem Furcht vor der Schande“.

Auch im „Wesen des Christentums“ wurden Fragen aktualisiert, die sich aus dem Verhältnis der Religion zu den Ordnungen des Lebens im Staat, vor allem dem Recht ergeben. So schrieb er im Vorwort zur 2. Auflage¹¹, die im Jahre 1843 erschienen war:

„Ich habe mir ferner durch die äußerst unpolitische, leider aber intellektuell und sittlich notwendige Aufklärung, die ich über das dunkle Wesen der Religion gegeben, selbst die Ungnade der Politiker zugezogen – sowohl der Politiker, welche die Religion als das politischste Mittel zur Unterwerfung und Unterdrückung des Menschen betrachten, als auch derjenigen, welche die Religion als das politisch gleichgültigste Ding ansehen und daher wohl auf dem Gebiete der Industrie und Politik Freunde, aber auf dem Gebiet der Religion sogar Feinde des Lichts und der Freiheit sind.“

Schließlich kommt er im 28. Kapitel, der Schlussanwendung zum WdChr. nochmals auf das Verhältnis von Moral bzw. Recht und Theologie zu sprechen, wobei er den Faden der Kritik an Stahls „Christliches Staatsrecht“ wieder aufnimmt:

„Wo die *Moral* auf die *Theologie*, das *Recht* auf *göttliche Einsetzung* gegründet wird, da kann man die *unmoralischsten, unrechtlich-*

sten, schändlichsten Dinge rechtfertigen und begründen. [...] Ich muss also die Moral, wenn ich sie durch Gott begründen will, schon in Gott setzen, d.h. ich kann die Moral, das Recht, kurz, alle wesentlichen Verhältnisse, nur *durch sich selbst begründen* und begründe sie nur *wahrhaft* so, wie es die Wahrheit gebietet, wenn ich sie durch sich selbst begründe. Etwas in Gott setzen oder aus Gott ableiten, das heißt nichts weiter als etwas der prüfenden Vernunft entziehen, es, *ohne Rechenschaft* abzulegen, als unbezweifelbar, unverletzlich, heilig hinstellen, ohne Rechenschaft darüber abzulegen.“ (GW 5 S. 449 in der Fassung der 3. Aufl. Sperrungen stammen aus dem Original).

Feuerbachs Denken ist in dieser Phase seiner Entwicklung geprägt von der Kritik an der engen Verbindung von Thron und Altar. Der Gedanke, dass sich das Staatsvolk, die Bürger eines Staates, wie man damals sagte, als die bestimmende Macht, also der eigentliche Souverän sind, war ihm noch nicht in der nötigen Klarheit bewusst.

IV. Ludwig Feuerbach und die Revolution von 1848/49

Es wirkt wie ein *Bruch* in Feuerbachs Leben, einem Leben, das bisher im Wesentlichen einem Wirken mit der Feder vom stillen Bruckberg aus verpflichtet war, nun plötzlich in eine aktive Phase politischen Handelns eintritt, und er sich schließlich an die *Front* der revolutionären Bewegung nach Frankfurt begibt. Ein Brief vom 3. März 1848 an seinen Verleger Otto Wigand, in Bruckberg verfasst, enthält eine Absichtserklärung von großer Tragweite. Feuerbach glaubte, die französische Februar-Revolution von 1848 habe auch in ihm eine Revolution hervorgerufen, die einen radikalen Einschnitt in sein bisheriges Leben bringen werde. Er wollte nach Paris, „ohne Weib, ohne Kind, ohne Bü-

cher [...]“ und er betrachtete diesen Impuls als Ruf in „ein neues Leben“. Es seien „höchst traurige Gründe“, die ihn aus Bruckberg forttrieben.¹² Liest man diese Texte unvoreingenommen, so muss man daraus schließen, dass sich Feuerbach in einer tiefen persönlichen Krise befunden hatte. Im Vordergrund dürfte wohl eine Ehekrise gestanden haben verbunden mit den prekären wirtschaftlichen Verhältnissen in der Bruckberger Porzellanfabrik, in der seine Frau Miteigentümerin war und er selbst einen großen Teil seines Vermögens gesteckt und schließlich auch verloren hatte. In Zusammenhang mit diesem Aufbruch wollte er auch die begonnene Gesamtausgabe seiner Werke mit der Neuauflage des *WdChrs.* beenden. Im Übrigen bemerkte er gegenüber Wigand, der Inhalt des Briefes sollte geheim gehalten werden.

Tatsächlich hatte Feuerbach seine Absichten dann doch nicht verwirklicht. Er reiste vielmehr wegen der Weiterführung der „Gesamtausgabe“ über Nürnberg und Bamberg zu seinem Verleger Otto Wigand nach Leipzig, wo er am 1. oder 2. April 1848 ankam; er wohnte zeitweise auch bei ihm. In einem Brief vom 3. April aus Leipzig an seine Frau Bertha führte er Folgendes auf politische Aktivitäten Hinweisendes aus:

„Ich war gestern in zwei Gesellschaften von den entgegengesetzten, die Zeit bewegenden Grundsätzen, Republikanern, Demokraten, entschiedenen Revolutionsmännern und sogenannten Philistern, Bourgeois, d. h. Leuten, die zwar Pressfreiheit, Volksfreiheit etc. wollen, aber doch noch, wenn auch nicht an dem Königtum, doch an den Königen noch festhalten.“ (GW 19 S. 147)

Wenngleich der Brief noch einige weitere Bemerkungen zu den Zeitumständen macht, eine politische Festlegung ist aus den obigen Sätzen nicht zu erkennen.

Dazu bedurfte es noch eines Anstoßes von außen. So ist ein „offener Brief“ mehrerer Heidelberger Studenten an Feuerbach vom 4. April 1848 überliefert, worin diese ihn aufforderten, „dass Du jetzt her-austretest aus der Verborgenheit, in die Du Dich begeben, dass Du eine Stelle ein-nimmst auf der Seite der Wahlkandidaten zur konstituierenden Nationalversamm-lung, [...]“¹³. Als diese Aufforderung an Feuerbach erging, hatte bereits das Frank-furter Vorparlament seine Beratungen be-gonnen (30./31. März 1848) und Vorschlä-ge für eine Wahlordnung zur Nationalver-sammlung erarbeitet sowie den Fünfziger-Ausschuss ins Leben gerufen.

Nachdem die bayerische Staatsregierung am 15. April 1848 das Wahlgesetz zur Na-tionalversammlung verkündet hatte, reis-te Feuerbach zurück nach Bruckberg, da er die Absicht hatte, sich als *Deputierten* nach Frankfurt vorschlagen und wählen zu lassen. Tatsächlich wählte ihn am 19. April 1848 in Ansbach ein Ausschuss un-ter der Leitung des befreundeten Arztes Dr. Heidenreich zu einem möglichen Kan-didaten.¹⁴ In diesem Zusammenhang hat-te Feuerbach auf Anfrage seine „rein con-stitutionell-monarchische Gesinnung“ er-klärt. Jedoch bereits einen Tag später, am 20. April, nahm der Volksausschuss den gefassten Beschluss hinsichtlich der Kan-didatur Feuerbachs wieder zurück, wo-durch er auch von der Kandidatenliste ver-schwand. Die Quellen lassen nicht klar er-kennen, warum der Beschluss vom Vortage verworfen wurde, es dürften jedoch Gründe gewesen sein, die in der kritischen Haltung Feuerbachs zur Religion lagen. Zu-dem war einer der Mitkandidaten ein Ober-konsistorialpräsident aus München. Der *gewollte Auftritt* auf der politischen Büh-ne war damit abrupt und wohl auch auf

Dauer beendet. Bemerkenswert blieb sei-ne ambivalente Haltung zur konstitutionel-len Monarchie, wie sie in einem Brief an Emil Gottfried von Herder zum Ausdruck kam. Er glaubte, diese nicht vertreten zu können, wenngleich er meinte, dass er „auch für ihre Abschaffung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sein kann“ (GW 19 S. 151). Diese Meinung vertrat er auch in einem Brief an den Freund und Studien-genossen Karl Riedel, der ihn zu einer Kandidatur für den Münchener Bauhof-Club aufgefordert hatte. In diesem Brief vom 26. April 1848 hatte Feuerbach sein politisches Bekenntnis prismenartig wie folgt zusammengefasst:

„Ich bin zwar Republikaner dem Prinzip nach, ich halte die Republik [Feuerbach meint in die-sem Zusammenhang wohl eine Staatsform im Gegensatz zur Monarchie ohne schon klar den Gedanken der Demokratie vor Augen zu haben] für die einzige, der Würde des menschlichen Wesens entsprechende Staatsform, aber ich be-trachte die konstitutionelle Monarchie als eine zeitliche Notwendigkeit, als die notwendige Vor-schule der Republik. Ich erkenne übrigens wie Du „eine Unredlichkeit darin, wenn man durch so allgemeine Kategorien wie Monarchie, Re-publik und folglich Monarchie *oder* Republik die öffentliche Meinung in Verwirrung bringt.“ Ich will jetzt und für die nächste Zukunft nichts weiter als die vollständige Verwirklichung und Feststellung der von allen deutschen Völkern einstimmig in Anspruch genommenen Rechte und Freiheiten; ob diese in einer Monarchie oder Republik statt-findet, ist mir eins. Ich halte mich überall an das Wesen, an die Sache, nicht an die Form, an den Namen. Mit Preßfreiheit usw. bin ich lieber Mon-archist als Republikaner ohne Preßfreiheit usw.“ (GW 19 S. 151).

An diesem Credo hatte er, mit einer we-sentlichen Modifikation, von der noch zu sprechen sein wird, bis an sein Lebens-ende festgehalten.

Erstaunlich war, dass er, obwohl als Deputierter durchgefallen, also ohne Mandat und ohne eine offizielle politische Wirksamkeit entfalten zu können, in Frankfurt blieb. Die Gründe dafür dürften in dem bereits angesprochenen ehelichen Problemen und der misslichen Lage der Porzellanfabrik gelegen haben. Obwohl Feuerbach anfänglich einen Journalistenplatz im Parlament inne hatte, den er dann aber verlor, so konnte bisher nicht erschlossen werden, ob er für ein Presseorgan Berichte verfasste, die veröffentlicht wurden.¹⁵

Über Feuerbachs Stellung zur Nationalversammlung, deren Verhandlungen er teilweise verfolgte, sind wir durch mehrere Briefe an seine Frau und Otto Wigand gut unterrichtet. Bereits Ende Mai bezeichnete er die Nationalversammlung als den „Ort der deutschen babylonischen Nationalverwirrung“ (GW 19 S. 154). Im Übrigen litt er an Geldnot, wovon ihn sein Verleger befreite. Von der Majorität des Parlaments erwartete er „Nichts als unheilvolle Halbheiten“. (GW 19 S. 155) Der Minorität der Republikaner fehle es nicht an Mut und Geist, aber an Einigkeit und politischem Takt. „Sie wird unterliegen, aber ihre Sache siegen, jedoch nicht *im* und durch das Parlament, sondern außer demselben“ (GW 19 S. 155). In einem Brief an seine Frau vom 6. Juni 1848 hatte er nochmals betont, dass das Parlament keineswegs die Mehrheit des Volkes vertrete: „Die besten, die Zukunft Deutschlands entscheidenden Kräfte und Köpfe – und das sind die republikanischen oder demokratischen – stehen außer dem Parlament“ (GW 19 S. 157). Auch glaubte er damals, dass durch eine außerparlamentarische Bewegung, die wohl blutig verlaufen würde, das Schicksal Deutschlands entschie-

den werde (GW 19 S. 157); ein erheblicher Irrtum, wie der Fortgang der Revolution zeigte.

Feuerbach hatte gemäß seiner republikanischen Gesinnung an dem Demokratenkongress in Frankfurt vom 13. bis 17. Juni 1848 teilgenommen. Wenngleich er hierbei zu den führenden Köpfen gezählt wurde, hatte er „nur die Rolle eines passiven, aber nicht tätigen – höchstens nur in der Konversation mitredenden, lehrenden, auch lernenden, warnenden Mitglieds“ inne (GW 19 S. 167). Dieser Kongress stellte eine Verbindung der Linken mit Vertretern des außerparlamentarischen Radikalismus dar und bildete eine Art Gegenparlament zur Nationalversammlung.¹⁶ Ein abschließendes, eindrucksvolles Bekenntnis zu einer modernen Staatsform, der Demokratie, hatte Feuerbach in einem Brief an seine Frau vom 14. Juli 1848 abgelegt. Er führte dort u.a. aus:

„Der demokratische Geist, d.h. der Geist, welcher die Staatsangelegenheiten nicht zur Sache einer besondern bevorrechteten Kaste oder Klasse von Menschen, sondern zur Sache aller, zur Volkssache machen will, wird und muss siegen, denn nur mit seinem Siege erfüllt sich die Aufgabe der Menschheit.“ (GW 19 S. 169)

Und im Hinblick auf die damals eingetretene Niederlage dieses Geistes führte er weiter aus:

„Der demokratische Geist ist nur unterlegen, um sich zu sammeln und dann umso kräftiger wieder zu erstehen.“ (GW 19 S. 169)

Leider hatte es 100 Jahre gedauert, bis diese prophetischen Worte mit der Annahme des Grundgesetzes vom 8. Mai 1948 in Erfüllung gingen und zu einer dauerhaften demokratischen Gesinnung in der Bundesrepublik geführt haben. Es ist davon auszugehen, dass Feuerbach die genannten

demokratischen Prinzipien auch aktiv in Frankfurt vertreten hatte.

Sein innerer Abschied von der Nationalversammlung wurde durch deren Beschluss vom 28. Juni 1848, die Exekutivgewalt an den österreichischen Erzherzog Johann zu übertragen, ausgelöst. Er war überzeugt, das Parlament habe sich selbst entmachtet, weil es diese oberste Gewalt der Verpflichtung enthob, die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen (GW 19 S. 167). Im September reift in ihm der Entschluss, Frankfurt und die Nationalversammlung zu verlassen, die auf ihn „nur den Eindruck eines glänzenden Elends macht.“ (GW 19 S. 183) Verstärkt wurde dieser Entschluss durch immer wieder auftretende Geldnot und eine heftige Sehnsucht nach dem geliebten Bruckberg. Er begab sich daraufhin nach Heidelberg und entschloss sich, der im Oktober von vielen Seiten an ihn herangetragenen Bitte nahe zu treten, Vorlesungen über Religionsphilosophie zu halten. Nach mühevollen Vorbereitungen und unter heftigem Unwohlsein begann er im Heidelberger Rathaus am 1. Dezember 1848 damit; sie endeten am 2. März 1849 „unter den größten Beifallsstürmen“ (GW 19 S. 206). Zugelassen waren dazu alle Bevölkerungsschichten. Ob auch Frauen darunter waren, ist mir nicht bekannt. Diese 30 Vorlesungen vor mehreren hundert Hörern – darunter auch Gottfried Keller – waren letztlich sein *aktiver* Beitrag zum ausklingenden Revolutionsjahr 1848/49. In diesen 1851 bei Wigand veröffentlichten Vorlesungen ging es ihm vor allem um die politische Freiheit, die aber nur dann verwirklicht werden kann, wenn Glaubens- und Gewissensfreiheit herrschen. (GW 6 S. 244/245). Er postulierte abschließend, dass der Staat die Aufgabe habe, sich al-

ler Eingriffe in das Gebiet der Religion zu enthalten und unbedingte Freiheit in der Beziehung der Menschen zur Religion zu gewährleisten. Neue politische Gedanken enthalten die Vorlesungen nicht.

Im Grunde hatte Feuerbach zur Revolution beigetragen, was er aufgrund seiner Maximen geben konnte, eine genetisch-kritische Stellungnahme zu Religion, Christentum und Staat.

Veit Valentin, der eine zweibändige Geschichte der Revolution geschrieben hat,¹⁷ beurteilte Feuerbachs Beitrag zur Revolution weitaus positiver als die marxistischen Zeitgenossen. So bezeichnete er dessen „gedankliche Unerbittlichkeit“ als einen der Momente des Beginns der deutschen Revolution überhaupt. Da das gesamte 19. Jahrhundert eine intensive Verbindung zwischen Thron und Altar bildete, hatte Feuerbach durch seine Religionskritik und dessen Bezüge zur Politik bewusst oder unbewusst einen Keil dazwischen getrieben und damit einen revolutionären Beitrag geleistet.

V. Feuerbachs politische Haltung nach dem Scheitern der Revolution 1849 bis zum Ende seines Lebens 1872

Im April 1849 kehrte Feuerbach nach Bruckberg zurück und nahm wieder Wohnung im Schloss. Ebenso scheint eine Aussöhnung der Eheleute, die sich bereits im Laufe des Jahre 1848 angebahnt hatte, stattgefunden zu haben. An politische Äußerungen oder gar Tätigkeiten war nicht mehr zu denken. Die nun anbrechende Zeit der Reaktion war auch in Bayern konservativ-gegenrevolutionär. Überall verstärkte sich die Bindung von Staat und Kirche, das Leben sollte erneut *verkirchlicht* werden. Das sich etablierende System war antiliberal und antidemokratisch. Sich als Demokrat

zu outen machte einen zum Staatsfeind. Überall gelangten die alten Mächte Adel und Kirche in den Besitz der Staatsgewalt. Feuerbach geriet im März 1851 in den „allgemeinen PolizeiAnzeiger“ als gefährlicher Demokrat und Atheist, dessen „Vorträge und Irrlehren wesentlich zur Demoralisierung des Volkes zur Beförderung des [bairischen] Aufstandes beigetragen“ habe. In dieser Zeit geriet auch die Fabrik in Bruckberg, ihre Bewohner und Besucher in den Fokus der Staatsmacht. Das Schloss sollte ein Zufluchtsort politischer Verbrecher sein, worunter man vor allem linke Liberale und Demokraten verstand. Es wurde 1853 sogar eine Gendarmerie-Station eingerichtet, die man jedoch 1860 wieder aufhob.¹⁸

In den Jahren nach 1860, also dem Umzug Feuerbachs auf den Rechenberg nach Nürnberg bis zu seinem Tod am 13.9.1872 hatte dieser keine mehr nach außen gerichtete politische Tätigkeit entfaltet. Er gab jedoch durch seinen Beitritt um das Jahr 1862 zu dem am 19. März 1859 gegründeten „Bürgerverein“ erneut seine *politischen Grundsätze* zu erkennen. Dieser Verein galt als erster öffentlicher Sammelplatz des politischen Liberalismus in Nürnberg.¹⁹ Im Übrigen ist die Nürnberger Fortschrittspartei aus dem „Bürgerverein“ hervorgegangen. Eine Mitgliedschaft Feuerbachs in dieser Partei ist jedoch nicht feststellbar.

Feuerbach fühlte sich daneben dem liberal-demokratischen „Deutschen Nationalverein“ verbunden, wie er es in einem Brief an den Freund Otto Lüning vom 16. März 1863 (GW 21 S. 63) ausdrückte. Im Übrigen hatte sich Lüning auch für die Fortschrittspartei engagiert (GW 21 S. VIII). Ebenso verteidigte Feuerbach in einem Brief vom 3.12.1863 an Ferdinand Las-

salle, der ihn seine Schriften übersandt hatte, die Absichten der Fortschrittspartei. Er hielt sie für eine wichtige, unumgehbare Station auf dem Wege zur Demokratie (GW 21 S. 92). Schließlich soll noch auf den Hinweis eingegangen werden, Feuerbach sei in seinen letzten Lebensjahren Mitglied der SPD in Nürnberg geworden. Trotz eingehender Forschungen konnte ich nicht mit Sicherheit feststellen, ob dieses zutrifft. Sicher ist nur, dass er in dieser Zeit den Zielen der Sozialdemokratie aufgeschlossen gegenüber stand.

Zusammenfassung

Feuerbach hatte sein ganzes berufliches Leben mit den konservativ-orthodoxen Kräften, vor allem im Lutherthum, zu kämpfen. Sein literarisches Schaffen war stets von der Zensur bedroht, was sich auf seine Existenzsicherung auswirkte. Vor allem auch das Scheitern einer möglichen Professur in Erlangen hatte sein Leben mit Bitterkeit gegen die herrschenden Mächte erfüllt. Es liegt auf der Hand, dass er sich von der konstitutionellen Monarchie sowohl keinerlei Verbesserung seiner Lebensumstände als auch derjenigen des aufgeklärten Bürgertums erhoffte. Die Wende in der Gesellschaft war für ihn nur im „demokratischen Geist“ zu erwarten, „denn nur mit seinem Siege erfüllt sich die Aufgabe der Menschheit“ (Brief vom 14. Juli 1848, GW 19 S. 169).

Feuerbach beteiligte sich, abgesehen von der kurzen Zeit der Bewerbung um eine Kandidatur für die Wahl zur Nationalversammlung, nicht unmittelbar am politischen Geschehen seiner Zeit. Wie bereits Veit Valentin seinen Einfluss auf die Politik nur indirekt gesehen hatte, kann hier auch Heinrich Heines Satz stehen: „Wenn man den Himmel revolutioniert, kann die

Erde nicht ruhig bleiben“.²⁰ Zu dieser Revolution hatte Feuerbach Wesentliches beigetragen und damit die konservativ christliche Tradition ins Wanken gebracht. Man kann abschließend Feuerbachs Credo nochmals in einem Satz zusammenfassen: Er war ein überzeugter liberaler Demokrat, wobei das Wort liberal damals eine etwas andere Bedeutung als heute hatte, der durch sein Werk bewusst oder unbewusst zur Zerschlagung der verhängnisvollen Liaison von Thron und Altar beigetragen und damit unser demokratisches Verständnis gefördert hat.

Anmerkungen:

¹ Dieser Abhandlung liegt ein Vortrag zugrunde, den der Verfasser anlässlich des Tagesseminars der Ludwig-Feuerbach-Gesellschaft am 23.10.2010 in Nürnberg gehalten hat. Er ist in einigen Abschnitten erweitert und geringfügig verändert worden.

² Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Hg. von Dieter Fuchs und Edeltraud Roller, Stuttgart 2007; hier Stichwort Politik, S. 205-209.

³ Drei dieser Schriften sind heute enthalten in einem Reprint des Jahres 1966 unter dem Titel Anselm von Feuerbachs kleine Schriften vermischten Inhalts, Neudruck der Ausgabe von 1833, Osnabrück 1966, Nrn. I. bis III.

⁴ Ludwig Feuerbach, Gesammelte Werke, hg. von Werner Schuffenhauer, Bd. 12, Paul Johann Anselm Ritter von Feuerbachs Leben und Wirken, Berlin 1976. Künftig GW mit Band und Seitenzahl.

⁵ GW 17 S. 9.

⁶ Heinz Höhne, Die Bubenreuther. Geschichte einer deutschen Burschenschaft, Erlangen 1936. Darin werden die Brüder Anselm Joseph und Karl Wilhelm als Mitbegründer der Burschenschaft (S. 17), der Bruder Eduard August als Mitglied im Sommersemester 1825 und der Bruder Friedrich Heinrich als Mitglied im Sommersemester 1827 genannt.

⁷ Archiv FAU Erlangen-Nürnberg Az. Th. II. Pos. 1 F Nr. 10 (Personalakte Feuerbach).

⁸ Restauration und Frühliberalismus 1814 – 1840, hg. von Hartwig Brandt, Darmstadt 1979 S. 66.

⁹ Josef Winiger, Ludwig Feuerbach. Denker der Menschlichkeit. Eine Biographie, Berlin 2004 S. 103.

¹⁰ Ludwig Feuerbach, Pierre Bayle. Ein Beitrag zur Geschichte der Philosophie und Menschheit. GW 4, Berlin 1967.

¹¹ Ludwig Feuerbach, Wesen des Christentum, 2. Aufl., GW5 S. 11.

¹² GW 19 S. 145-147.

¹³ Erstmals veröffentlicht in der Zeitschrift „Didaskalia“ Blätter für Geist, Gemüth und Publizität, hg. von J. L. Heller, Frankfurt/M., Nr. 98, 7. April 1848, S. 3. Der vollständige Text auch in GW 19. S 149/150.

¹⁴ Einzelheiten dazu in meiner Dissertation „Paul J.A. und Ludwig A. Feuerbach als Exponenten des Bürgertums im 19. Jahrhundert. Leben und Wirken“, in: Aufklärung und Kritik, Sonderheft 12/2007 S. 102-104.

¹⁵ Ludwig Feuerbach, GW Bd. 1, 2. Aufl. S. XL.

¹⁶ Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. II., Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830-1850. 3. Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1988 S. 687.

¹⁷ Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848 – 1849, Bd. 1 Berlin 1930, Bd. 2 Berlin 1931, hier Bd. 1 S. 274-276.

¹⁸ Weitere Einzelheiten wie Endnote 14, in: Aufklärung und Kritik, Sonderheft 12/2007, S. 109-114.

¹⁹ Petrus Müller, Liberalismus in Nürnberg 1800-1871, Nürnberg 1990 S. 135.

²⁰ Zitiert nach Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866, München 1998 S. 315.